

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

de

KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 1—2

Jänner-Februar 1953

2 Schilling

Euch geht es an

ihr Kämpfer für die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Landes, ihr Opfer des grünen und des braunen Faschismus, euch Mütter, denen die Kinder, euch Frauen, denen die Männer, euch Kinder, denen die Eltern hingemordet wurden! Auch über euer Schicksal entscheidet der Tag, an dem das neue österreichische Parlament gewählt wird. Was die Sozialisten für euch geleistet haben, darüber berichten sie in

vier Versammlungen

am Freitag, dem 13. Februar 1953, in

Wien 9, Marktgasse 3—5 (Thury-Hof), 19.30 Uhr

Wien 15, Rauchfangkehrergasse 29 (Konsumvereinsaal), 19 Uhr

Wien 22, Kagran, Donaufelder Straße 259 (Bezirksheim der SPÖ), 19 Uhr

am Montag, dem 16. Februar 1953, in

Wien 10, Jagdgasse 5b (Arbeiterheim Favoriten), um 19 Uhr

Es sprechen :

ROSA JOCHMANN KARL MARK

Robert Blau

Ernst Hein

Friedrich Flußmann

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer laden alle Opfer des Faschismus ein, sich anzuhören, was wir ihnen zu sagen haben. Keiner möge aber vergessen, daß es für uns alle nur eine Losung geben kann:

Am 22. Februar für die SPÖ!

Wahlauf Ruf der Sozialistischen Partei An das österreichische Volk

Frauen und Männer!

Das Jahr 1953 wird für Österreich ein entscheidungsvolles Jahr sein. Das ganze Volk soll in freier, demokratischer Wahl entscheiden, wie Österreich in den nächsten Jahren regiert und verwaltet werden soll. Nach dem Wunsch der Sozialistischen Partei soll der Wahlkampf ohne Gehässigkeit geführt und die Aufmerksamkeit der Wähler auf das Wesentliche gerichtet werden. Das ist in erster Linie

die Verteidigung unserer Freiheit

gegen die immer unerträglicher werdende Besetzung und ihre Lasten. Das ist die Verteidigung der demokratischen Republik gegen monarchistische Umtriebe, reaktionäre und faschistische Gefahren und vor allem gegen die Drohung der kommunistischen Diktatur, ihrer Konzentrationslager und ihrer Galgen. Diesen Kampf hat, wie heute die ganze Welt weiß, die Sozialistische Partei Österreichs von Anfang an unbeugsam und am kraftvollsten geführt. Sie ist der Garant der Freiheit Österreichs.

Der Kampf muß fortgeführt werden, bis Österreich frei ist von der Fremdherrschaft im eigenen Land. Die wirtschaftlichen Lasten der Unfreiheit, die Ausplünderung unserer Bodenschätze und Rohstoffe, die Beschlagnahme unserer Fabriken und Wohnhäuser, der Steuer- und Zollbetrug der USA, der Aufwand für die Erhaltung der Besatzungsmächte kosten das österreichische Volk Jahr für Jahr rund 2500 Millionen Schilling.

Die Steuern der Arbeitenden könnten gesenkt, die Renten der Alten könnten erhöht werden, wenn dieser Tribut nicht wäre. Das starre „Njet“ zum österreichischen Staatsvertrag zeigt mit Deutlichkeit, wer aus Österreichs Unfreiheit den größten Gewinn zieht.

Erst jüngst hat die überwältigende Mehrheit der Vereinten Nationen Österreich in seinem Ringen um seine Unabhängigkeit, in seinem Kampf um sein Recht moralisch bekräftigt. Ebenso haben erst jüngst internationale Instanzen bestätigt, daß Österreichs bisherige Aufbaupolitik günstige Ergebnisse gebracht hat.

Die Lasten müssen aber gerecht verteilt werden; der wirtschaftlich Starke muß mehr tragen als der Schwache. Die Industrie- und Kartellherren in Österreich haben sich die ÖVP und den VdU politisch hörig gemacht, damit ihre Kassen verschont bleiben. Unter ihrem Druck schickt sich die Österreichische Volkspartei an, die bisherige Wirtschaftspolitik zu ändern. Diese Herren haben offenbar noch zu wenig von der Auslandshilfe und an den Geschäften ihrer Korruptions- und Kartellwirtschaft profitiert; sie wollen noch mehr Profite und vor allem neue Steuergeschenke!

Das ist der Grund des Streites um die Investitionen und um das Budget. Das ist der Kern des Kamitz-Programms der Industriellen und der bürgerlichen Parteien, die behaupten, Österreich hätte kein Geld zum Bauen, kein Geld für Renten, kein Geld für Kultur.

Die Sozialisten sind anderer Meinung. Nun soll das Volk entscheiden, wie Österreich, das bisher seine Wirtschaft zu einem erheblichen Teil mit ausländischer Hilfe bestellt hat, mit dem Schwinden dieser Hilfe aus eigener Kraft und nach vernünftigem Plan seine eigene Wirtschaft führen soll. Der Kampf geht einfach um die Frage:

Soll Arbeit oder soll Arbeitslosigkeit geschaffen werden?

Wenn es nach den Sozialisten geht, wird dieser Wahlkampf darum geführt werden, daß Österreichs Volkswirtschaft schrittweise und dauernd Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit, Arbeit für die Jugend, Volkspension für die Alten, menschenwürdige Wohnungen für alle Menschen schaffe und verbürge. Das ist, kurz gefaßt, das Wahlprogramm der Sozialisten. Das ist der Sinn des Kampfes, der Sinn der Entscheidung der Wähler zwischen der Partei der Industrie-

herren und der Partei der Arbeitenden. Die Sozialistische Partei hat schon 1947 der Öffentlichkeit ein redliches Programm der Erneuerung Österreichs vorgelegt. Sie hat es im vergangenen Jahr auf ihrem Parteitag neuerdings in der Form eines Zehnpunkteprogramms der Sozialisten zusammengefaßt. An seine Spitze hat sie den Kampf für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit gestellt, die Forderung nach der Eingliederung in ein einiges demokratisches Europa und in die Gesellschaft der freien Völker, die Sicherung der Menschenrechte und den Ausbau der demokratischen Einrichtungen unseres Staates, vor allem die wirkliche Demokratisierung seiner Verwaltung. Die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Österreichs erstreben wir durch weitschauende Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, insbesondere seiner Bodenschätze und Wasserkräfte. Die Währung muß gesichert, das Volkseinkommen soll durch Steigerung der Produktivität und durch die Befreiung der Volkswirtschaft vom Preisdiktat der Kartelle vermehrt werden.

Die gerechte Verteilung des Volkseinkommens soll zur Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land führen. Das alles ist aber nur möglich, wenn alle Räder sich drehen und alle Hände und Hirne tätig sind. Daher wollen die Sozialisten Vollbeschäftigung mit dem Ziel, daß jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige eine Arbeitsstelle findet und daß die ernsteste Gefahr für die heranwachsende Generation, die Arbeitslosigkeit unserer Jugend, beseitigt und für die ordentliche Ausbildung unserer Söhne und Töchter in Schule und Beruf gesorgt werde.

Wir bauen in den Bergen Dämme gegen Wildbäche und Wälle gegen Lawinen; wir brauchen auch Schutz gegen die soziale Lawine der Arbeitslosigkeit.

Nur auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft kann eine gerechte und fürsorgende Sozialpolitik gedeihen und sich fortschreitend entwickeln. Nicht eine Gleichmacherei bei Löhnen und Gehältern ist sozialistischer Grundsatz, sondern die Gleichheit der Entwicklungsmöglichkeit jedes jungen Menschen, die Gleichheit der Sozialansprüche jedes Staatsbürgers, der gesicherte Lebensabend für unsere Alten.

Neben der Angleichung des Sozialrechtes der Arbeiter an das der Angestellten, neben gleichem Lohn für gleiche Arbeit bei Mann und Frau erstreben die Sozialisten daher die schrittweise Erhöhung der Sozialrenten und als Krönung des Sozialwerkes unserer Republik die Volkspension für alle alten Österreicher, Selbständige oder unselbständig Arbeitende, in der Stadt und auf dem Lande.

Einer der wichtigsten sozialen Ansprüche des Staatsbürgers ist das Recht auf Arbeit, ein anderer das Recht auf menschenwürdige Wohnung. Dieser Anspruch kann nach den Sünden der Vergangenheit und den Zerstörungen des Krieges nur durch Verstärkung der öffentlichen Wohnbautätigkeit befriedigt werden. Daher treten die Sozialisten auch für die Förderung des genossenschaftlichen und des Eigenheimbaues ein und fordern ein modernes einheitliches Mietrecht für Wohnungen, Büros und Geschäftslokale zur Festigung des Mieterschutzes. Sie wollen auch ganz besonders Heimstätten für junge Ehepaare und Alleinstehende bauen.

Der Wirtschaft und dem Staatsbürger soll eine saubere und zweckmäßig reformierte Verwaltung dienen. Zu diesem Zweck fordern die Sozialisten vor allem eine gerechte Neuordnung und Vereinfachung des Steuerwesens und eine Entbürokratisierung und Demokratisierung der Wirtschaft selbst, die heute von allzuviel Kammern und Nebenstellen der kapitalistischen Profit- und Kartellwirtschaft eingeengt wird.

Österreichs Landwirtschaft wird besser gedeihen und das Land besser ernähren können, wenn die landwirtschaftliche Erzeugung durch Bodenverbesserung und vermehrte Anwendung moderner technischer Methoden gesteigert wird, wozu auch die Maschinenhöfe gehören; wenn endlich eine zweckmäßige Boden-

reform zur Besitzfestigung der Arbeitsbauern und zur Selbsthaftmachung der Landarbeiter durchgeführt und der Pächterschutz zeitgemäß erneuert wird.

In der Verwaltung selbst geht der Wunsch des Volkes und die oberste Forderung der Sozialisten nach Ausschaltung jeder Protektion und Korruption, nach Sauberkeit und Unparteilichkeit der Justiz und der gesamten öffentlichen Verwaltung, nach der Besetzung jedes Amtes durch den Tüchtigsten — und nicht durch ein Protektionskind des CV.

Die schwarze Spinne des CV umgarnt heute Österreichs gesamte Verwaltung, erstickt das Recht, ertötet die Berufsfreude der Beamten und das Vertrauen des Staatsbürgers.

Ein sauberer, tüchtiger und leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist aber nur möglich, wenn die öffentlich Angestellten ausreichend entlohnt sind. Für sie und für alle geistigen Arbeiter erhebt die Sozialistische Partei die Forderung nach der Würdigung der volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der geistigen Arbeit und nach der Verbesserung der Lebensbedingungen der geistigen Arbeiter auch in den sogenannten freien Berufen. Es darf nicht sein, daß es in Österreich kein Geld für Kultur gibt! Steuern auf den Luxus sollen die Mittel für erhöhte Förderung von Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und körperlicher Ertüchtigung bringen.

Der Staat soll allen unseren Kindern gleiche Bildungsmöglichkeit in der Schule geben und sie zu

freien Bürgern der Demokratie erziehen. Sie sollen dadurch nicht der Familie entzogen werden, im Gegenteil:

Die Sozialisten wollen den Schutz der Familie durch eine Reform des veralteten Familienrechtes ebenso wie durch gesunde Wohnung, sozialen Schutz für alle und Fürsorge für die Schwachen.

So soll eine körperlich und moralisch gesunde Jugend heranwachsen, dem ganzen Volk zur Freude, den Blick auf die Zukunft gerichtet! Das wollen die Sozialisten. Sie wollen das österreichische Volk zum Selbstbestimmenden seines Geschickes machen, zum Selbstverwaltenden seiner Wirtschaft, die allen dienen soll, zum bewußten Träger seiner Kulturaufgabe, die der Zukunft zugewendet ist, und dadurch zum geachteten Mitarbeiter in der Gemeinschaft der freien Völker,

in der Internationale der Zukunft.

Dazu fordern die Sozialisten das Volk Österreichs auf. Das ist ihre Botschaft an die Wähler, die am 22. Februar eine neue Volksvertretung und damit eine neue Regierung bestellen sollen. Die Sozialisten rufen dem Volke zu:

Helpf uns, Österreich frei und glücklich zu machen!

Die Parteivertretung der Sozialistischen Partei Österreichs

„Wir haben uns durchgesetzt!“

So betitelt sich ein Artikel in der letzten Nummer des „Neuen Mahnrufes“, der zu beweisen versucht, daß die in den letzten Jahren für die Opfer errungenen Erfolge ein Werk des kommunistischen KZ-Verbandes seien. Er beginnt mit der Behauptung, daß durch die vom kommunistischen Verband organisierte gesamtösterreichische Konferenz im November 1951 die Regierung gezwungen wurde, den Anspruch auf Haft- und Beamtenentschädigung grundsätzlich anzuerkennen. Wahr ist aber, daß dieser Anspruch schon lange vorher durch einen einstimmigen Beschluß der sozialistischen Parlamentsfraktion anerkannt war und daß Anfang November 1951 der Parteitag der SPÖ einstimmig beschlossen hatte, die Forderung unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zur Forderung der Gesamtpartei zu machen. In Ausführung dieses Beschlusses stellten unsere Vertreter im Budgetausschuß die Anträge, die schließlich zur Einsetzung jener berühmten Post von 20 Millionen in das Budget 1952 führte, die von den Kommunisten damals keineswegs als „Durchsetzung ihrer Forderungen“ begrüßt, sondern als unverschämte Herausforderung der Opfer verunglimpft wurde. Weiter heißt es in dem Artikel: „Wir hatten aber recht, als wir nach der Beschlußfassung im Sommer vorigen Jahres nicht, so wie die SPÖ-Kameradschaft, unsere Kraft darauf konzentrierten, so rasch als möglich die Anmeldungen auf Haftentschädigung vorzunehmen, sondern allen Opfern des Faschismus verständlich machten, daß es jetzt darauf ankomme, die entsprechenden Durchführungsverordnungen und Durchführungserlässe durchzusetzen. Bekanntlich stellten wir als letzten Termin für die Herausgabe der gesetzlich vorgesehenen Durchführungsverordnungen den 18. November 1952.“

Richtig ist, daß als Termin der 15. Oktober gestellt wurde, also unsinnigerweise der Tag, für den das Parlament einberufen wurde, obwohl es jedem Kenner der parlamentarischen Verhandlungen klar sein mußte, daß die Beschlußfassung erst ein paar Wochen später erfolgen konnte. Sie erfolgte auch termingemäß richtig am 19. November. Ob es aber im Interesse der Betroffenen gelegen ist, die sich von der wüsten Hetze der KPÖ und ihrer Tarnorganisationen abhalten ließen, unserer Aufforderung zur sofortigen Anmeldung Folge zu leisten, werden diese jetzt erfahren, da ja die Erledigung der Akte im wesentlichen in der Reihenfolge der Einreichung erfolgt. Mögen sie sich bei den „guten Freunden“ im KZ-Verband bedanken, wenn sie jetzt länger warten müssen wie jene, die

unserer Empfehlung nachgekommen sind. Dann heißt es weiter:

„Das Weihnachtsgeschenk der österreichischen Regierung an die Opfer des Faschismus war aber — keine Auszahlung zu Weihnachten 1952. Hat schon diese herzlose und durch nichts begründete Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung gegenüber den Opfern des Faschismus große Erbitterung und Empörung ausgelöst, so waren die Opfer des Faschismus über den Ende 1952 erschienenen Durchführungserlaß bestürzt.“

Großartig war die Forderung aufgestellt worden: „Die Auszahlung muß vor Weihnachten erfolgen!“ Dies wäre auch möglich gewesen, wenn unsere Vertreter in der Opferfürsorgekommission dem vorgelegten Entwurf ohne weiteres zugestimmt und so den Beginn der Auszahlung vor Weihnachten möglich gemacht hätten. Wir aber haben mit aller Energie dafür gekämpft, daß notwendige Verbesserungen eingeführt und ungerechtfertigte Härten ausgemerzt werden. Das führte zu einer Verzögerung der Auszahlung, kommt aber Hunderten, ja Tausenden von Opfern zugute. Als es dann so weit war, daß mit der Erledigung der einzelnen Ansuchen begonnen werden konnte, da gab es flugs eine Demonstration, die zu dem „Erfolg“ führte, daß unser Freund Bundesminister Maisel den Deputationen mitteilte, daß jetzt die Sache spruchreif sei, also etwas, was bereits bekannt war. Kleinlaut heißt es in dem Artikel:

„Unser Verband darf für sich in Anspruch nehmen, daß er in jeder Situation im Verlauf des Kampfes um die Erfüllung unserer Forderungen immer wieder rechtzeitig und richtig eingegriffen und den in der gegebenen Situation größtmöglichen Erfolg gesichert hat.“

Wahr ist, daß der kommunistische KZ-Verband immer wieder rechtzeitig, das heißt, wenn die Sozialisten mit ihrer Arbeit zu Ende gekommen waren, und richtig, das heißt, wenn aus einem Erfolg der Sozialisten ein Propagandaschlager der KPÖ gemacht werden konnte, eingegriffen habe. Aber Lügen haben kurze Beine, und so verrät der Schlußsatz, worum es geht. Wenn die KPÖ mit Hilfe des nun demaskierten Satellitenverbandes ihre Stellung im neuen Parlament erhalten kann: „Erst dann werden wir sagen können: wir haben uns endgültig durchgesetzt.“

Dann aber haben sich nicht die KZler durchgesetzt, sondern die Kommunisten mit ihren Trabanten, dann steht der Weg offen in neue KZ.s.

Ein frecher Anschlag

Zu einer unerträglichen Verschlechterung der Lage aller Opfer des Faschismus würde der neue Vorschlag der ÖVP und ihres Herrn Dr. Kamitz zur Steuerreform führen. Er besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß alle bisher geltenden Begünstigungen auf dem Gebiet des Steuerwesens aufgehoben werden sollen. Eine von diesen Begünstigungen, an der wir Opfer besonders interessiert sind, ist die Möglichkeit der Absetzung eines steuerfreien Betrages von 364 S im Monat, die den Trägern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen zugestanden wurde, wie es im § 2 Abs. 1 des Opferfürsorgegesetzes heißt: Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die staatsfinanziellen Bedingungen eine endgültige, dem Verdienste beziehungsweise dem Leide der Opfer angemessene Regelung zulassen.

In der bekannten „großzügigen“ Weise, die den heute in der ÖVP maßgebenden Scharfmacherkreisen der sogenannten „Wirtschaft“ eigen ist, wird in diesem Zusammenhang von einer generellen Herabsetzung der Lohn- und Einkommensteuer gesprochen und von besonderen Ermäßigungen bei Jahreseinkommen von mehr als 50.000 S. Wie würde sich das für uns praktisch auswirken? Wir wollen, von der Annahme ausgehend, daß eine Senkung der Steuer um 20 Prozent möglich wäre, berechnen, wieviel dies für ein Opfer ausmacht, dessen Einkommen 1000 S, 2000 S, 3000 S, 4000 S im Monat beträgt. Der Einfachheit halber nehmen wir immer Steuergruppe II an, das sind Personen, die verheiratet und kinderlos sind. Bei Ledigen wird das Verhältnis noch wesentlich krasser, bei Steuerträgern,

die Kinder haben, etwas erträglicher. Es ergibt sich bei einem Monatseinkommen von

1000 S	Steuersoll	75.80
	Steuersoll nach Absetzung	13.20
	Steuerersparnis heute	62.60
	20 Prozent Steuerermäßigung	15.16
	Das Opfer verliert monatlich	47.44
2000 S	Steuersoll	405.20
	Steuersoll nach Absetzung	254.—
	Steuerersparnis heute	151.20
	20 Prozent Steuerermäßigung ..	81.04
	Das Opfer verliert monatlich	70.16
3000 S	Steuersoll	934.90
	Steuersoll nach Absetzung	733.80
	Steuerersparnis heute	201.10
	20 Prozent Steuerermäßigung ..	186.98
	Das Opfer verliert monatlich	14.12
4200 S	Steuersoll	1624.70
	Steuersoll nach Absetzung	1414.—
	Steuerersparnis heute	210.70
	20 Prozent Steuerermäßigung ..	324.94
	Das Opfer gewinnt monatlich	114.24

soll aber außerdem, weil es mehr als 50.000 S Jahreseinkommen bezieht, noch besonders begünstigt werden.

Wenn die Herren von der ÖVP glauben, daß sie so etwas den Opfern zumuten können, so gibt es darauf nur eine Antwort der Opfer des Faschismus:

Wir stimmen am 22. Februar für die SPÖ!

Am Wahltag nicht vergessen!

Viele Opfer der beiden Faschismen sind mit Recht unzufrieden, daß erst sieben Jahre nach unserer Befreiung eine so wichtige Frage, wie die Haft- und Beamtenentschädigung, ihrer Erledigung zugeführt wurde. Wir fragen daher: Wer ist schuld daran, daß es so lange dauerte?

Seit der Auflösung des ehemaligen Bundes der politisch Verfolgten bemühten sich die sozialistischen Abgeordneten, die Opferfürsorgegesetzgebung auszubauen und zu verbessern. Immer wieder bedurfte es schwerster Kämpfe gegen die stärkste Partei des Parlaments, die Österreichische Volkspartei, um nach und nach die Erfolge der letzten Jahre und endlich die Gesetzgebung der Haft- und Beamtenentschädigung zu erreichen.

Warum mußte erst der Widerstand der ÖVP überwunden werden?

Weil die ÖVP sich viel mehr für die Rehabilitierung der Kriegsverbrecher als für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Naziopfer interessierte. Wir erinnern uns des Artikels des ÖVP-Abgeordneten Kranebitter im Tiroler ÖVP-Blatt*, in dem er heuchlerisch erklärte, daß die Forderungen der Naziopfer übertrieben und übergroß wären und daß er seinerseits jede Entschädigung für seine Schädigung (einige Wochen Haft und Ächtung — Anmerkung der Redaktion) ablehne. In dem gleichen Artikel schrieb aber Herr Nationalrat Kranebitter auch, daß er es als seine wichtigste Aufgabe ansehe, für die Rehabilitierung der so schwer getroffenen verurteilten Nazi einzutreten.

Am Sonntag, dem 1. Februar 1953, konnte man in einer Wahlpropagandasendung des Senders Rot-Weiß-Rot namens der ÖVP Herrn Dr. Walter Riehl hören, der sich voll Stolz als Urnazi bezeichnete und nicht mehr oder weniger forderte, als die Gleichstellung und vielleicht gar die Verbrüderung der „Dachauer“ mit den „Glasenbachern“. Er betonte, daß der Garant für die Erreichung dieses Zieles die Stimme für die ÖVP am 22. Februar wäre.

Alle Opfer der beiden Faschismen wissen nunmehr

* Siehe „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3/4/1952.

ganz genau, daß der Garant für das Weiterbestehen der Opferfürsorgegesetze und eine weitere Verbesserung der Wiedergutmachungsgesetze eine starke Vertretung der SPÖ im neuen Parlament ist.

Merk's, Naziopfer — deine Stimme am 22. Februar 1953 daher der SPÖ!

Wir fragen Herrn Dr. Steiner?

Vor kurzer Zeit wurde uns mitgeteilt, daß Herr Dr. Steiner, der Heimwehrpräsident des kommunistischen KZ-Verbandes und VF-Listenfürher der VO im III. Wiener Wahlkreis, Ende des vergangenen Jahres fristlos aus seinem Angestelltenverhältnis entlassen wurde. Als wir uns an den Dienstgeber wendeten, um den Grund dieser Maßregelung zu erfahren, da wir der Auffassung sind, daß es unsere Aufgabe ist, die Rechte von Opfern, gleichgültig welcher Anschauung, zu wahren, bekamen wir eine schriftliche Antwort des Inhalts: „Das Dienstverhältnis wurde gemäß den Bestimmungen des § 27 Ziffer 1 des Angestelltengesetzes mit sofortiger Wirksamkeit gelöst, weil dieser Angestellte im Dienste untreu war und sich Handlungen schuldig gemacht hat, die ihn des Vertrauens des Dienstnehmers unwürdig erscheinen ließen.“ Gleichzeitig erfuhren wir, daß Herr Dr. Steiner seit 14. Dezember 1946 als öffentlicher Verwalter der Firma Lechner (Buchhandlung am Graben) vorgemerkt ist. Die Einsetzung erfolgte gemäß Entscheidung des USA-Elementes der Militärregierung Österreichs, GZ — MG — APC/4 vom 13. September 1946. Der Kommunistenfreund Dr. Steiner bezog also vermutlich ohne die zweifellos notwendige Zustimmung seines Dienstgebers die Verwaltergebühr eines großen Unternehmens auf Grund einer Entscheidung der vielgeschmähten amerikanischen Militärkreise. Wir fragen nun Herrn Dr. Steiner:

Ist dies alles wahr?

Und wir fragen die Schutzbündler und revolutionären Arbeiter, die sich in der Verzweiflung der Tage nach dem Februar 1934 der KPÖ angeschlossen haben:

Könnt ihr da noch mittun?

EIN BRIEF AN DICH!

Erinnere Dich doch! Es war April 1945. Hitler war geschlagen, das deutsche Heer auf der Flucht, die Soldaten des zweiten Weltkrieges hatten die Waffen weggeworfen, vom Osten und Westen, vom Süden und Norden rückten die Alliierten vor. Du warst damals vielleicht noch im Kerker oder im Konzentrationslager. Aber die Tore in die Freiheit öffneten sich mit dem Vormarsch der Verbündeten. Die Stunde, auf die Du in namenloser Qual viele lange Jahre gewartet hattest, war endlich da. Aus Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Auschwitz, Ravensbrück und Mauthausen bist Du in die Heimat zurückgekehrt, völlig erschöpft, unterernährt und gesundheitlich schwer geschädigt. Eigentlich hätte für Dich ein festlicher Empfang vorbereitet sein, hätten alle Glocken läuten müssen, um zu künden, wie groß unsere Freude darüber ist, daß Du heimgekommen bist. Doch es war viel Lärm im Land, kein warmer häuslicher Herd war für Dich bereit, Du mußtest genau so hungern wie alle anderen! Und Du hast Dich, ohne zu klagen, ohne zu fordern, in die Arbeitskolonnen eingereiht, um am Wiederaufbau unserer Heimat mitzuwirken.

Freilich, die provisorische Regierung unter dem sozialistischen Bundeskanzler Renner hatte am 17. Juli 1945 ein Opferfürsorgegesetz in Kraft gesetzt, das Dir bei der Erhaltung Deines Lebens, bei der Wiederherstellung Deiner Gesundheit und bei der Gründung einer Existenz helfen sollte.

Am 2. September 1947 trat dann das vom Parlament beschlossene neue Opferfürsorgegesetz in Kraft. Die sozialistischen Abgeordneten — vor allem Rosa Jochmann und Karl Mark — haben sich um dieses Gesetz sehr verdient gemacht. Deine Rechte wurden erweitert. Steuerbegünstigung wurde Dir gewährt, Opfer- oder Hinterbliebenenrente zugestanden, und seit dieser Zeit hast Du Anspruch auf Unterhaltsrente, falls Du über kein ausreichendes Einkommen verfügst. Dann begann der Kampf der Sozialisten um die Einbeziehung von Euch, die Ihr aus rassistischen Gründen in Haft gewesen seid. Im Sommer 1949 wurde das erste Parlament der Zweiten Republik aufgelöst, nachdem es noch in seiner letzten Sitzung als letzten Punkt der Tagesordnung, sozusagen als leuchtenden Abschluß, die Novelle zum Opferfürsorgegesetz beschlossen hatte, die dieser Gleichstellung gesetzlichen Ausdruck verlieh. Wieder hieß es im stenographischen Protokoll: Berichterstatter: Karl Mark, Prorednerin: Rosa Jochmann.

Im Wahlkampf erklärten wir: „In der Frage der Haftentschädigung ist noch nicht das durchgesetzt, was notwendig ist. Eine sozialistische Mehrheit im neuen Parlament gibt uns aber die Gewähr dafür, daß auch das nachgeholt wird.“ Wir haben diese Mehrheit nicht erreicht, aber wir haben uns trotzdem an unser Versprechen gebunden gefühlt. Schon in der ersten Sitzung des neugewählten Nationalrates stellten daher sozialistische Abgeordnete zwei Anfragen: Rosa Jochmann, Karl Mark, Hermann Lackner und Genossen fragten den Justizminister, in welcher Form eine Entschädigung für Haftzeiten auf Grund politischer Verfolgung möglich sei, Edmund Holzfeind, Alfred Horn, Karl Mark, Josef Voithofer und Genossen aber fragten den Bundeskanzler, was er bezüglich einer Wiedergutmachung für aus politischen Gründen geschädigte Angestellte des öffentlichen Dienstes zu tun gedenke. Seither gibt es im Kampf der Sozialisten für die Rechte der politisch Verfolgten keine Unterbrechung mehr.

Im Juli 1950 stellen Abgeordnete der SPÖ gemeinsam mit der ÖVP einen Initiativantrag, betreffend den Härteausgleich in Rückstellungsfällen, der die Anerkennung des Rechtes auf Haftentschädigung enthält.

Am 25. Oktober 1950 wird die 5. Novelle zum OFG beschlossen, die neuerliche Verbesserungen bringt.

Am 24. November 1950 bringt Rosa Jochmann eine Entschließung im Budgetausschuß ein, die

dort einstimmig angenommen wird: „In Anbetracht dessen, daß die Opfer des Faschismus bis zum heutigen Tag noch immer auf ihre Wiedergutmachung und Haftentschädigung warten, richten die sozialistischen Abgeordneten sowohl an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung als auch an den Herrn Bundesminister für Finanzen das Ersuchen, diese für die Kämpfer um ein freies demokratisches Österreich so wichtigen Fragen einer baldigen positiven Erledigung zuzuführen.“

Im Dezember 1950 wird die Budgetdebatte beherrscht von der in den Reden der sozialistischen Nationalräte vielfach wiederkehrenden Frage der Entschädigung, so daß Bundeskanzler Figl noch vor Weihnachten 1950 die Nationalräte Mark und Dr. Bock zu einer Aussprache über die Fragen der Entschädigung einladet.

Am 14. Juli 1951 beantragen die sozialistischen Abgeordneten Jochmann, Mark und Genossen eine Novellierung des Opferfürsorgegesetzes, die auch die Entschädigungsfrage umfaßt.

Am 25. Juli 1951 wird die 6. Novelle zum Opferfürsorgegesetz beschlossen. Schließlich wird bei den Budgetverhandlungen im November und Dezember 1951 über das Budget 1952 auf Grund der Initiative der sozialistischen Abgeordneten die Einsetzung eines Betrages von 20 Millionen Schilling für die Haftentschädigung und Beamtenwiedergutmachung erreicht, wodurch die Grundlage für die Schaffung entsprechender Gesetze gegeben ist.

Vom 1. Jänner 1952 an wird der absetzbare Betrag für die Lohn- und Einkommensteuer für alle Amtsbescheinigungs- und Opferausweisträger von 160 S auf 364 S pro Monat erhöht, ein Erfolg der sozialistischen Abgeordneten; die Kommunisten demonstrierten noch einige Stunden nach dem Beschluß für eine Erhöhung auf 300 S.

Ein neuerlicher Initiativantrag der sozialistischen Abgeordneten Mark, Jochmann und Holzfeind vom 3. April 1952, betreffend Haftentschädigung und Beamtenwiedergutmachung, dient als Grundlage der abschließenden Verhandlungen, an deren Ende am 18. Juli 1952 die Beschlußfassung des Nationalrates über das Haftentschädigungs- und Beamtenwiedergutmachungsgesetz steht.

Im November 1952 beschließt der Hauptausschuß die Durchführungsverordnung, während

im Dezember 1952 die Durchführungsbestimmungen zu den beiden Gesetzen den Weg zur Auszahlung frei machen.

Einer Delegation des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unter Führung der Nationalräte Rosa Jochmann und Karl Mark erklärte dieser Tage der sozialistische Bundesminister Maisel, daß die ersten Bescheide bereits hinausgegangen sind und in Bälde mit der Auszahlung begonnen werden wird. Vielleicht ist auch Dein Ersuchen schon erledigt und bringt Dir der Briefträger bald die erste Rate Deiner Haftentschädigung ins Haus.

Warum schreibe ich Dir dies alles? Du wirst am 22. Februar 1953 aufgerufen, eine Entscheidung zu treffen, die für Dich und mich und uns alle von größter Bedeutung ist. Wir wählen an diesem Tag ein neues Parlament. Gibst Du Deine Stimme der Sozialistischen Partei — so hast Du gut gewählt! Dein Kampf um Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat war dann nicht umsonst. Die Opfer unserer ermordeten und gefallenen Kameraden und Kameradinnen sind nicht sinnlos gewesen. Gibst Du den Sozialisten Deine Stimme, so stärkst Du die Partei in ihrem Kampfe um Deine Rechte! Gibst Du Deine Stimme den Sozialisten, dann wählst Du Freiheit und Gerechtigkeit!

Entscheide Dich und wähle gut — im Sinne der Toten und der Überlebenden unseres Kampfes!

Der Erzbischof

Ende Dezember 1952 nahm die Bundesregierung in einer amtlichen Mitteilung gegen eine umfangreiche Denkschrift der Zentralstelle Salzburg der Stiftung „Soziales Friedenswerk“, an deren Spitze Erzbischof Dr. Rohrachner steht, die für eine Begnadigung verurteilter Kriegsverbrecher eintrat, Stellung. In dieser Mitteilung heißt es:

„Es wird behauptet, daß es sich bei einem großen Teil der Verurteilten um Personen handelt, die »unter besonders gefährlichen Umständen auf Befehl getötet haben«, unter ihnen sollen jene nach dem Kriegsverbrechergesetz Verurteilten verstanden werden, die »an der Niederwerfung bewaffneter Ausbrecher« aus Mauthausen beteiligt waren. Es schlägt der Wahrheit geradezu ins Gesicht, daß die in der Nacht vom 2. zum 3. Februar 1945 ausgebrochenen Häftlinge des KZ Mauthausen bewaffnet gewesen wären oder gar die Lagerwachen getötet oder überwältigt hätten. Es handelte sich bei den Ausgebrochenen bekanntlich auch keineswegs um kriminelle Verbrecher, auch bei den Vorfällen in der Strafanstalt Stein kurz vor Kriegsende handelte es sich keineswegs um die Niederschlagung einer Revolte oder um Notwehr auf seiten der verurteilten Aufsichtsorgane. Es war vielmehr ein regelloses Hinmorden der Opfer.

Was die Tötung von Menschen »bei Kriegshandlungen« betrifft, so muß vor allem festgestellt werden, daß eine besondere Rücksichtswürdigkeit in jenen Fällen nicht angenommen werden kann, in denen die Erkenntnis der Unmenschlichkeit dem Täter wohl zumutbar war. Dies trifft besonders dann zu, wenn es sich um die Ermordung bereits festgenommener oder keiner rechtswidrigen Handlung schuldiger Personen ohne vorausgegangenem Verfahren handelte.

Soweit noch ehemalige Angehörige der Gestapo sich in Haft befinden, handelt es sich durchwegs um Fälle von derart unmenschlichen Mißhandlungen, daß die Berücksichtigung geradezu ausgeschlossen erschien.“

In einer Zuschrift des Erzbischofs an die „Salzburger Volkszeitung“ (veröffentlicht am 5. Jänner 1953) wird demgegenüber gesagt:

„Bei einem Großteil der Verurteilten handelt es sich um Personen, die unter besonders gefährlichen Umständen auf Befehl getötet haben. Selbst wenn man den Standpunkt vertritt, daß solche Taten eben auch nach dem allgemeinen Strafgesetz als Verbrechen gelten, so muß man doch die Frage aufwerfen, wie solche Taten nach dem allgemeinen Strafgesetz und von ordentlichen Gerichten behandelt worden wären! Die Frage der Notwehr (natürlich der Bevölkerung), auch der Putativnotwehr, die Frage des Notstandes hätte geklärt werden müssen, die ganze Verworfenheit der Zeit in den letzten Kriegsjahren und die verzweifelte Lage, die geringen Sicherheitskräfte usw., die

seelische Erregung, in der sich die ganze Bevölkerung befand, die Absicht, nicht ein Verbrechen zu begehen, sondern die eigenen Landsleute vor fremden verbrecherischen Elementen zu schützen, das alles hätte gewogen und gewertet werden müssen. Daß dies nicht im notwendigen Ausmaß geschah, ist zweifellos den in den ersten Nachkriegsjahren noch unmittelbar wirkenden Eindrücken einer wildbewegten Zeit zuzuschreiben, denen sich wohl niemand entziehen konnte. Nunmehr, da Abstand gewonnen ist, kann und muß jedoch eine Beurteilung von souveräner Warte aus erfolgen.

Eine weitere Gruppe umfaßt jene Strafhäftlinge, die wegen Tötung bei Kriegshandlungen verurteilt worden sind. Auch hier handelt es sich um Taten, die in der grenzenlosen Verwirrung und Aufregung der letzten Kriegswochen geschehen sind. Aber es geht um Menschen, die nicht die Absicht hatten, zu morden, sondern einen Beitrag zur Verteidigung des Landes zu leisten. Die zu hohen Kerkerstrafen Verurteilten sind heute noch in Haft — es wäre ein Gebot der Menschlichkeit und weiser Gerechtigkeit, ihre Leidenszeit zu beenden.

Ein besonders schwieriges Kapitel betrifft die Angehörigen der ehemaligen Gestapo. Es soll und braucht hier nicht von den Hauptverantwortlichen gesprochen werden, hier handelt es sich um untergeordnete Dienstgrade, die ihre Häftlinge nicht rauher angefaßt haben als es die Polizei aller Länder zu allen Zeiten getan hat. Mißhandlungen sollen nicht entschuldigt werden. Aber das außerordentlich hohe Strafmaß ist häufig und besonders in den ersten Nachkriegsjahren auf die gegen die Gestapo allgemein gerichtete Volksstimmung zurückzuführen. Dies spielte zweifellos bei der Bemessung der Strafe auch für einzelne untergeordnete Gestapobeamte eine entscheidende Rolle.“

Die „Salzburger Volkszeitung“, also ein Organ der ÖVP, bemerkt dazu:

„Wir bedauern die Kontroverse und fragen uns, ob es zu dieser kommen mußte. Es steht jedem frei, ein Begnadigungsgesuch einzubringen; eine andere Frage ist die Begründung und diese wurde auch im gegenständlichen Fall zum Stein des Anstoßes.“

Nach einer Aussprache des Herrn Erzbischofs mit Staatssekretär Graf und jenem berüchtigten Landeshauptmann Dr. Klaus, dem man zuviel „Geseres“ mit den Arbeitslosen, aber offensichtlich zuwenig mit den Mördern von Mauthausen und Stein macht, wurde laut „Neuer Wiener Tageszeitung“ festgestellt:

„Beide Teile bedauerten, daß die Gnadenaktion nicht nur in das politische Tagesgeschehen hineingezogen wurde, sondern auch anlässlich des Wahlkampfes politisch mißbraucht worden ist.“

Aber es gibt auch andere Stimmen aus dem kirchlichen Lager, das zeigt

Der Kooperator

Joseph Egger aus Golling, allgemein bekannt und beliebt als der Heimkehrerpriester, der sich aus Gewissensgründen gezwungen sah, dem sozialistischen Organ für Salzburg, dem „Demokratischen Volksblatt“, folgende Antwort an den Erzbischof zu übergeben:

Angesichts der Kontroverse zwischen Erzbischof Dr. Rohrachner und der Bundesregierung scheint es angebracht, daß auch eine Stimme aus dem niederen Klerus angehört wird. Wir sind dazu berechtigt, weil wir in der vergangenen Ära mehr gelitten haben als unser Erzbischof. Vorweggenommen ist es unsere priesterliche Aufgabe, für unsere Sache zu leiden und unseren Feinden jedem einzelnen zu verzeihen und für ihn um Gnade zu flehen. Der Versuch Erzbischof Dr. Rohrachners aber, das NS-Regime mit all seinen Folgen für Österreich mit Prinzipien zu stützen und zu legalisieren, müssen wir glattweg ablehnen und unter öffentliche Kritik stellen. Dr. Rohrachners Behauptung „Die Gestapo hätte genau so ihre Pflicht

erfüllt wie jede andere Polizeigewalt“, ruft in jedem recht denkenden Menschen Empörung wach und zeigt von einer böswilligen „ignorantia crassa“ eines Kirchenfürsten. Dr. Rohrachner ist tatsächlich nie an Gestapo-Gefängnissen oder an Konzentrationslagern vorbeigekommen, und was ihm seine betroffenen Untergebenen darüber erzählt haben, scheint herzlich wenig Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Von ausgesprochen Kriminellen wurden diese Lager geleitet, und heute versuchen ehemalige NS-Mitglieder zu behaupten, mehr als 80 Prozent der Lagerinsassen wären Kriminelle gewesen. Wo bleibt hier die Verteidigung eines Erzbischofs von Salzburg? Wo blieb das Hirtenwort gegen jene, die Staat und Kirche an Steuern betrügen, gegen die „Kriegsgewinner“?

Wenn Dr. Rohrachner vom Gerechtigkeitssinn geplagt ist, dann wundert es uns, daß er nicht einen „Heimkehrer-Ausgleichsfonds“ angeregt hat, so daß jeder Spätheimkehrer einen prozentualen Gewinnanteil von jenem Staatsbürger in Empfang nehmen könnte, der

das Glück hatte, schon nach dem Krieg in der Heimat zu sein. Das wäre die Fortsetzung einer wahren Volksgemeinschaft gewesen...

Rekapitulieren wir ohne Kommentar: 1938 sind die regierenden österreichischen Bischöfe der Gewalt erlegen und haben dem österreichischen Volk mit „Heil Hitler“ gedient. Was aufrechte NS-Mitglieder dazu sagten, klingt uns heute noch allen in den Ohren. Dr. Rohrachner hatte vom Heute aus gesehen, das ihm damals noch nicht zum Bewußtsein gekommene Glück, als Weihbischof nicht unterzeichnen zu müssen, hielt sich still verbarrikadiert hinter Hitlers Lieblingsbischof Dr. Hefter und seiner NS-Verwandtschaft, um dann 1943 als „persona grata“ des NS-Regimes die restlichen 50 Prozent des Salzburger Bischofsthuhles in Empfang zu nehmen. Wo sind die mutigen Predigten Dr. Rohrachners aus der Kriegszeit? Wir wollen sie lesen und vergleichen mit jenen des „deutschen Löwen“ Bischof Graf von Galen und mit jenen Kardinal Faulhabers?

Es ist bedauerlich, daß die „Salzburger Nachrichten“ als Handlanger eines Bischofs auftreten, der das Staatsoberhaupt angreift. Der Leitartikel vom 22. Dezember 1952 „Amnestie ohne Gerechtigkeit“ legalisiert das NS-Regime für Österreich und diffamiert den Widerstandskämpfer der österreichischen Heimat. Wir kennen zu gut die trüben Vorgeschichten jener nach dem Winde sich drehenden „Schreiberlinge“ und lassen uns als unerschrockene Verteidiger einer unabhängigen Heimat nicht „Deserteure“ schimpfen.

Wir haben den Mut, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen und sind entschlossen, allzeit für sie einzustehen.

„Die Scham nimmt uns niemand ab!“

In einem feierlichen Staatsakt weihte kürzlich der deutsche Bundespräsident Theodor Heuss bei Bergen in der Nähe von Celle das Mahnmahl für die Opfer des berühmtesten Konzentrationslagers Bergen-Belsen ein. Dabei hielt er folgende ergreifende Ansprache, aus der wir einen Auszug veröffentlichten:

Als ich gefragt wurde, ob ich heute, hier, aus diesem Anlaß ein Wort zu sagen bereit sei, habe ich ohne lange Überlegung mit Ja geantwortet. Denn ein Nein der Ablehnung, der Ausrede, wäre mir als eine Feigheit erschienen, und wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde. Denn die bare Gewalttätigkeit, die sich mit Karabiner, Pistole und Rute verziert, ist in einem letzten Winkel immer feige, wenn sie, gut gesättigt, drohend und mitleidlos, zwischen schutzloser Armut, Krankheit und Hunger herumstolzert.

Wer hier als Deutscher spricht, muß sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen. Wer sie beschönigen oder bagatellisieren wollte oder gar mit der Berufung auf den irreführenden Gebrauch der sogenannten „Staatsraison“ begründen wollte, der würde nur frech sein.

Aber nun will ich etwas sagen, das manchen von Ihnen hier erstaunen wird, das Sie mir aber, wie ich denke, glauben werden, und daß mancher, der es am Rundfunk hört, nicht glauben wird: Ich habe das Wort Belsen zum erstenmal im Frühjahr 1945 aus der BBC gehört, und ich weiß, daß es vielen in diesem Lande ähnlich gegangen ist. Wir wußten — oder doch ich wußte — Dachau, Buchenwald bei Weimar, Oranienburg, Ortsnamen bisher heiterer Erinnerungen, über die jetzt eine schmutzig-braune Farbe geschmiert war. Dort waren Freunde, dort waren Verwandte gewesen, hatten davon erzählt. Dann lernte man früher das Wort Theresienstadt, das am Anfang sozusagen zur Besichtigung durch Neutrale präpariert war, und Ravensbrück kennen. An einem bösen Tag hörte ich den Namen Mauthausen, wo sie meinen alten Freund Otto Hirsch „liquidiert“ hatten, den edlen und bedeutenden Leiter der Reichsvertretung deutscher Juden. Ich hörte das Wort aus dem Munde seiner Gattin, die

Erzbischof Rohrachners Handlanger wollen sogar mit moral-theologischen Fehltritten das Volk vergewaltigen, so hat der Domprediger und Kriegspfarrer a. D. J. Tomaschek den Salzburger Polizisten Balthasar Hallinger von e. b. Ordinariat überprüft und als Widerstandskämpfer überfallen mit dem Vorwurf: „Sie haben Ihren Widerstand, den Sie dem NS-Regime geleistet haben, als Todsünde zu beichten!“ Dies sagt ein Herr, der sich rühmt: „Auf meinem Zimmer als Domprediger von Salzburg wurde der VdU gegründet.“

Wir politisch verfolgten Priester und Widerstandskämpfer appellieren an den Herrn Bundespräsidenten, daß die Leistungen der Widerstandskämpfer nochmals einer Prüfung unterzogen werden und öffentlich Anerkennung finden. Wir kennen den Nationalsozialisten gegenüber keinerlei Minderwertigkeitsgefühle, auch wenn diese mit ihren Kriegsauszeichnungen hausieren gehen.

Erzbischof Dr. Rohrachner ist vielleicht der Mann, der schon über ein „besiegt“ Rußland hinaus sich als Begnadiger der GPU-Männer sieht und visionell sich als jenen Mann schaut, dem der Heilige Vater einst jene „heilige, goldene Schere“ in die Hand drücken wird, mit der er das Band der Exkommunikation durchschneiden wird. Ist vielleicht Erzbischof Doktor Andreas Rohrachner der große Wahlschlager der neuen Großpartei Österreichs? Sieht er nicht schon die Resolutionen des österreichischen Katholikentages 1952 mit Hilfe begnadigter Gestapoleute in Erfüllung gehen? Wehe, wenn aber das Experiment nur dazu beitragen soll, unsere geliebte Heimat angesichts des großen Feindes noch mehr zu zersplittern.

ich zu stützen und zu beraten suchte. Belsen fehlte in diesem meinem Katalog des Schreckens und der Scham, auch Auschwitz.

Diese Bemerkung soll keine Krücke sein für diejenigen, die gern erzählen: Wir haben von alledem nichts gewußt. Wir haben von den Dingen gewußt. Wir wußten auch aus den Schreiben evangelischer und katholischer Bischöfe, die ihren geheimnisreichen Weg zu den Menschen fanden, von der systematischen Ermordung der Insassen deutscher Heilanstalten. Dieser Staat, der menschliches Gefühl eine lächerliche und kostenverursachende Sentimentalität hieß, wollte auch hier tabula rasa — „reinen Tisch“ — machen, und der reine Tisch trug Blutflecken, Aschenreste — was kümmerte das? Unsere Phantasie, die aus der bürgerlichen und christlichen Tradition sich nährte, umfaßte nicht die Quantität dieser kalten und leidvollen Vernichtung.

Dieses Belsen und dieses Mal sind stellvertretend für ein Geschichtsschicksal. Es gilt den Söhnen und Töchtern fremder Nationen, es gilt den deutschen und ausländischen Juden, es gilt auch dem deutschen Volke und nicht bloß den Deutschen, die auch in diesem Boden verscharft wurden.

Ich weiß, manche meinen: War dieses Mal notwendig? Wäre es nicht besser gewesen, wenn Ackerfurchen hier liefen und die Gnade der sich ewig verjüngenden Fruchtbarkeit der Erde verziehe das Geschehene? Nach Jahrhunderten mag sich eine vage Legende vom unheimlichen Geschehen an diesen Ort heften. Gut, darüber mag man meditieren; und Argumente fehlen nicht, Argumente der Sorge, daß dieser Obelisk ein Stachel sein könne, der Wunden, die der Zeiten Lauf heilen solle, das Ziel der Genesung zu erreichen nicht gestatte.

Wir wollen davon in allem Freimut sprechen. Die Völker, die hier die Glieder ihres Volkes in Massengräbern wissen, gedenken ihrer, zumal die durch Hitler zu einem volkhafte Eigenbewußtsein schier gezwungenen Juden. Sie werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde; die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkzugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.

Nun höre ich den Einwand: Und die anderen? Weißt du nichts von den Internierungslagern 1945/46

und ihren Roheiten, ihrem Unrecht? Weißt du nichts von den Opfern in fremdem Gewahrsam, von dem Leid der formalistisch-grausamen Justiz, der heute noch deutsche Menschen unterworfen sind? Weißt du nichts von dem Fortbestehen der Lagermißhandlung, des Lagersterbens in der Sowjetzone, Waldheim, Torgau, Bautzen? Nur die Embleme haben sich dort gewandelt.

Ich weiß davon und habe nie gezögert, davon zu sprechen. Aber Unrecht und Brutalität der anderen zu nennen, um sich darauf zu berufen, das ist das Verfahren der moralisch Anspruchslosen, die es in allen Völkern gibt, bei den Amerikanern so gut wie bei den Deutschen oder den Franzosen und so fort. Es ist kein Volk besser als das andere, es gibt in jedem solche und solche. Amerika ist nicht „God's own country“, und der harmlose Emanuel Geibel hat einigen subalternen Unfug verursacht mit dem Wort, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen werde.

Es liegen hier die Angehörigen mancher Völker. Die Inschriften sind vielsprachig, sie sind ein Dokument der tragischen Verzerrung des europäischen Schicksals. Es liegen hier auch viele deutsche Opfer des Terrors, und wie viele am Rande anderer Lager? Aber es hat einen tiefen Sinn, daß Nachum Goldman hier für alle sprach. Denn hier, in diesem Belsen, sollten gerade die Juden, die noch irgendwo greifbar waren, vollends verhungern oder Opfer der Seuchen werden. Goldman hat von dem schmerzvollen Weg des jüdischen Volkes und seiner den Geschichtskatastrophen trotztenden Kraft gesprochen. Sicher ist das, was zwischen 1933 und 1945 geschah, das Furchtbarste, was die Juden der Geschichte gewordenen Diaspora erfahren. Dabei war etwas Neues geschehen. Goldman sprach davon. Judenverfolgungen kennt die Vergangenheit in mancherlei Art. Sie waren ehemals teils Kinder des religiösen Fanatismus, teils sozialökonomische Konkurrenzgefühle. Von religiösem Fanatismus konnte nach 1933 nicht die Rede sein. Denn den Verächtern der Heiligen Schriften des Alten und des Neuen Bundes, den Feinden aller religiösen Bindungen, war jedes metaphysische Problem denkbar fremd. Und das Sozialökonomische reicht nicht aus, wenn es nicht bloß an Raubmord denkt.

Aber das war es nicht allein. Im Grunde drehte es sich um etwas anderes. Der Durchbruch des biologischen Naturalismus der Halbbildung führte zur Pedanterie des Mordens als schier automatischem Vorgang, ohne das bescheidene Bedürfnis nach einem bescheidenen quasi-moralischen Maß. Dies gerade ist die tiefste Verderbnis dieser Zeit. Und dies ist unsere Scham, daß sich solches im Raum jener Volksgeschichte vollzog, aus der Lessing und Kant, Goethe und Schiller in das Weltbewußtsein traten. Diese Scham nimmt uns niemand, niemand ab.

Mein Freund Albert Schweitzer hat seine kultur-ethische Lehre unter die Formel gestellt: „Ehrfurcht vor dem Leben.“ Sie ist wohl richtig, so grausam paradox die Erinnerung an dieses Wort an einem Orte klingen mag, wo es zehntausendfach verhöhnt wurde. Aber bedarf sie nicht einer Ergänzung: „Ehrfurcht vor dem Tode?“

Ich will eine kleine Geschichte erzählen, die manchen Juden und manchen Nichtjuden mißfallen mag. Von beiden Seiten werden sie sagen: das gehört doch nicht hierher! Im ersten Weltkrieg sind 12.000 junge Menschen jüdischen Glaubens für die Sache ihres deutschen Vaterlandes gefallen. Im Ehrenmal meiner Heimatstadt waren auch sie in ehernen Lettern mit den Namen aller anderen Gefallenen eingetragen, Kamerad neben Kamerad, „als wär's ein Stück von mir“. Der nationalsozialistische Kreisleiter ließ die Namen der jüdischen Toten herauskratzen und den Raum der Lücken mit irgendwelchen Schlachtennamen ausfüllen. Ich spreche davon nicht, weil Jugendfreunde von mir dabei ausgewischt wurden. Das war mein schlimmstes Erkennen und Erschrecken,

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. A 28 5 20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

daß die Ehrfurcht vor dem Tode, dem einfachen Kriegstode, untergegangen war, während man schon an neue Kriege dachte.

Das Sterben im Kriege, am Kriege hat dann die furchtbarsten Formen gewählt. Auch hier an diesem Ort Belsen hat der Krieg dann mit Hunger und Seuchen als kostenlosen Gehilfen zur Seite gewütet. Ein zynischer Bursche, ein wüster Gesell mochte sagen: In der Hauptsache waren es ja bloß Juden, Polen, Russen, Franzosen, Belgier, Norweger, Griechen und so fort. Bloß? Es waren Menschen wie du und ich, sie hatten ihre Eltern, ihre Kinder, ihre Männer, ihre Frauen! Die Bilder der Überlebenden sind die schreckhaftesten Dokumente.

Der Krieg war für dieses Stück Land hier im April 1945 vorbei. Aber es wurde als Folge von Hunger und Seuchen weitergestorben. Britische Ärzte haben dabei ihre Leben verloren. Darum bin ich in den letzten Tagen von hervorragender jüdischer Seite gebeten worden, gerade in dieser Stunde auch ein Wort von diesem Nachher zu sagen, von der Rettungsleistung an den zum Sterben bestimmten Menschen, die durch deutsche Ärzte, durch deutsche Pfleger und Schwestern im Frühjahr und Frühsommer 1945 vollbracht wurde. Ich wußte von diesen Dingen nichts. Aber ich ließ mir erzählen, wie damals vor solchem Elend Hilfswille bis zur Selbstaufopferung wuchs, ärztliches Pflichtgefühl, Scham, vor solcher Aufgabe nicht zu versagen, christliche, schwesterliche Hingabe an den Gefährdeten, der eben immer „der Nächste“ ist. Ich bin dankbar dafür, daß mir dies gesagt und diese Bitte ausgesprochen wurde. Denn es liegt in dieser Bewährung des unmittelbar Rechten und Guten doch ein Trost.

In den Worten des englischen Land Commissioners ist Rousseau berufen worden. Rousseau beginnt eines seiner Bücher mit der apodiktischen Erklärung: „Der Mensch ist gut.“ Ach, wir haben gelernt, daß die Welt komplizierter ist als die Thesen moralisierender Literaten. Aber wir wissen auch dies: Der Mensch, die Menschheit ist eine abstrakte Annahme, eine statistische Feststellung, oft nur eine unverbindliche Phrase; aber die Menschlichkeit ist ein individuelles Sichverhalten, ein ganz einfaches Sichbewahren gegenüber dem anderen, welcher Religion, welcher Rasse, welchen Standes, welchen Berufes er auch sei. Das mag ein Trost sein.

Da steht der Obelisk, da steht die Wand mit den vielsprachigen Inschriften.

Sie sind Stein, kalter Stein. Saxa loquuntur, Steine können sprechen. Es kommt auf den einzelnen, es kommt auf dich an, daß du ihre Sprache, daß du diese ihre besondere Sprache verstehst, um deinetwillen, um unser aller willen!

So spricht ein bürgerlicher Demokrat in Deutschland. Wann wird es in Österreich bürgerliche Politiker, bürgerliche Demokraten geben, die den Mut finden, ebenso offen und ehrlich über die Zeit von 1934 bis 1945 zu sprechen?

Unsere Kandidaten für den 22. Februar

Wir müßten die Vorschlagsliste der SPÖ fast zur Gänze abdrucken, wollten wir alle unsere Mitglieder und Freunde aufzählen, die von der SPÖ kandidiert werden. Darum stellen wir nur fest, daß die beiden Vorsitzenden unseres Bundes, Rosa Jochmann (Wahlkreis Wien V) und Karl Mark (Wien III), und Edmund Holzfeind (Wien IV), der Vorkämpfer der Beamtenentschädigung, in ihren bisherigen Wahlkreisen aufgestellt sind. Gleich ihnen werden zweifellos auch alle die vielen Freunde unserer Sache im Klub der SPÖ wiedergewählt werden und neue zu ihnen stoßen. Darum haben wir keine Sorge, ob die Interessen der Opfer des Faschismus und die Ideen unseres Freiheitskampfes im künftigen Parlament genügend Vertretung finden werden. Die Zusammensetzung der sozialistischen Kandidatenliste beweist, daß die beste Garantie dafür ist

der Sieg der SPÖ am 22. Februar!